

**Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht**

Band 190

Prozessuale Handlungsortzurechnung

**Eine Untersuchung der internationalen Zuständigkeit
am Handlungsort gemäß Art. 7 Nr. 2 EuGVVO sowie gemäß
§ 32 ZPO am Beispiel arbeitsteilig verwirklichter
Kapitalanlagedelikte**

Von

Raphael Höll



Duncker & Humblot · Berlin

RAPHAEL HÖLL

Prozessuale Handlungsortzurechnung

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg
Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg
Professor Dr. Gerald Spindler, Göttingen

Band 190

Prozessuale Handlungsortzurechnung

Eine Untersuchung der internationalen Zuständigkeit
am Handlungsort gemäß Art. 7 Nr. 2 EuGVVO sowie gemäß
§ 32 ZPO am Beispiel arbeitsteilig verwirklichter
Kapitalanlagedelikte

Von

Raphael Höll



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.
hat diese Arbeit im Jahr 2021 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

D 25

Alle Rechte vorbehalten

© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: 3w+p GmbH, Rimpau

Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach

Printed in Germany

ISSN 1614-7626

ISBN 978-3-428-18378-4 (Print)

ISBN 978-3-428-58378-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 2021 berücksichtigt werden.

Besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Hanno Merkt, LL. M. (Univ. of Chicago), für seine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Thema, die stets offene und engagierte Betreuung sowie die außergewöhnlich schnelle Erstellung des Erstgutachtens. Herrn Prof. Dr. Jan Lieder, LL. M. (Harvard) danke ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe „Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht“ gebührt den Herausgebern Herrn Prof. Dr. Holger Fleischer, LL. M. (Univ. of Michigan), Herrn Prof. Dr. Hanno Merkt, LL. M. (Univ. of Chicago) und Herrn Prof. Dr. Gerald Spindler mein Dank.

Zahlreiche Freunde und Kollegen haben mich während der Promotionszeit begleitet und unterstützt. Aus diesem Kreis gilt mein besonderer Dank für das gründliche Korrekturlesen des Manuskripts insbesondere Frau Pauline Grotz, Herrn Dr. Leo Humpenöder, Frau Tamara Knödler, Herrn Christopher Réti, Herrn Alexander Rickelt, Herrn Dr. Damian Schmidt, LL. M. (Cape Town) und Herrn Dr. Sebastian Traub. Meine Mutter und meine Lebensgefährtin Tamara, die während der gesamten rechtswissenschaftlichen Ausbildung an meiner Seite standen und mich stets vorbehaltlos unterstützt haben, wissen um ihren Anteil am erfolgreichen Abschluss meines Promotionsvorhabens sowie um meine tief empfundene Dankbarkeit. Ihnen ist die vorliegende Arbeit gewidmet.

Stuttgart, den 04. 10. 2021

Raphael Höll

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
A. Problemeinführung	19
B. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	23
C. Gang der Untersuchung	23

Kapitel I

Wertungsgrundlagen	26
A. Eigenständigkeit des zuständigkeitsrechtlichen Wertungssystems	26
I. Modell der autonomen Zuständigkeitsgerechtigkeit	27
II. Tendenz zur Materialisierung	28
B. Binnenmarktbezug des europäischen Zivilprozessrechts	29
C. Zu ausgewählten Zuständigkeitsinteressen	31
I. Parteinähe	32
II. Vollstreckungsnähe	33
III. Sach- und Beweisnähe	33
1. Territoriale Grenzen der Beweisaufnahme	34
2. Differenzierung zwischen örtlicher und territorialer Beweisnähe im Schrifttum	35
3. Innereuropäische und drittstaatenbezogene Auslandsbeweisaufnahmen	36
a) Besondere Bedeutung bei Drittstaatenbezug	36
b) Relativierte Bedeutung innerhalb des europäischen Justizraums	37
IV. Vorhersehbarkeit	38
1. Bedeutung der Vorhersehbarkeit	38
2. Grundkonflikt zwischen Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	39
3. Zuständigkeitsklarheit durch formale Typisierung	40
4. Vorhersehbarkeitsschädliche Anknüpfungspunkte im Einzelnen	41
a) Anknüpfung an den Parteien unbekannte Tatsachen	41
b) Klarheitsschädlichkeit richterlicher Wertungsspielräume	41
c) Schädlichkeit rechtlich komplexer Zuständigkeitsprüfungen	42
d) Klägerwahlrechte als einseitige Vorhersehbarkeitsbeeinträchtigung	43

V. Rechtsnähe	44
VI. Konzentration zusammenhängender Prozesse	45
D. Der Grundsatz <i>actor sequitur forum rei</i>	45
I. Präzisierung des <i>favor defensoris</i>	47
II. Rechtfertigung des <i>favor defensoris</i>	49
1. Kurzer Blick auf die rechtshistorischen Ursprünge	49
2. Motive des Vertrauensschutzes sowie des Rechtsfriedens	50
3. Strukturelle Unterlegenheit der prozessualen Beklagtenstellung	51
a) Kompensation einseitiger Gerichtsunterworfenheit	52
b) Kompensation von Prozesszwang und Einlassungsdruck	52
c) Kompensation fehlender Gestaltungsmöglichkeiten und erschwerter Pro- zessvorbereitung	54
d) Erstes Zwischenfazit	56
4. Rechtfertigung im Gesamtsystem der Art. 4 ff. EuGVVO	56
5. Zusammenfassung und Folgerungen	58
III. Die besonderen Gerichtsstände als eng auszulegende Ausnahmeverordnungen	58
1. Zur Eingrenzungsbedürftigkeit besonderer Gerichtsstände	60
a) Enge Auslegung als Konsequenz des <i>effet utile</i> -Gedankens	60
b) Verbleibende Restriktionsbedürftigkeit	61
2. <i>Effet utile</i> als Grenze der restriktiven Auslegung	62
3. Fazit	63

Kapitel 2

Der Gerichtsstand am Handlungsort	64
A. Zur Teleologie des Deliktsgerichtsstands	65
I. Sach- und Beweisnähe	66
1. Tatortanknüpfung als Folge grob typisierender Betrachtung	66
2. Zusätzliche Relativierung der Beweisnähe durch das Ubiquitätsprinzip	67
3. Keine vollständige Beseitigung der teleologischen Leitbildfunktion	68
II. Opferschutz als zweite <i>ratio legis</i> ?	69
1. Berücksichtigungsfähigkeit materiell aufgeladener Opferschutzerwägungen	70
2. Zuständigkeitsrechtliche Betrachtung	71
a) Keine prozessuale Unterlegenheit des Deliktsklägers	72
b) Zufallsabhängigkeit der prozessualen Rollenverteilung	73
c) Fazit	73
3. Opferschutzerwägungen in der Rechtsprechung?	74
a) Grundsätzliche Verneinung eines Opferschutzzwecks	74

b) Gegenläufige Opferschutztendenzen?	76
aa) Das Ubiquitätsprinzip der Entscheidung <i>Mines de Potasse</i>	76
bb) Der Erfolgsort persönlichkeitsrechtsverletzender Presseerzeugnisse ..	78
(1) Das Mosaikprinzip der Shevill-Entscheidung	78
(2) Modifikationen durch die Entscheidung eDate Advertising	78
cc) Der Klägergerichtsstand der kartellrechtlichen <i>CDC</i> -Entscheidung ..	79
c) Fazit	81
III. Begründung eines vorhersehbaren Gerichtsstands	82
1. Präzisierung der Schutzrichtung	82
2. Ausgleich der Vorhersehbarkeitsinteressen als eigenständiger Zuständigkeitszweck	83
3. Das strukturelle Informationsdefizit des Geschädigten eines Distanzdelikts ..	84
IV. Teilweise Gewährleistung besonderer Rechtsnähe	85
V. Kein spezifischer Verbraucherschutz	86
B. Maßstab der gerichtlichen Zuständigkeitsprüfung	88
I. Zur Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen	89
1. Beeinträchtigung des zuständigkeitsrechtlichen Beklagenschutzes	90
2. Schwierigkeiten bei der Feststellung der konkreten Doppelrelevanz	90
3. Einfachrelevanz des Tatorts	91
4. Fazit	92
II. Prüfungsanforderungen in der Rechtsprechung des EuGH	92
1. Mögliche Berücksichtigung des Beklagenvortrags	93
2. Pflicht zur Berücksichtigung des Beklagenvortrags?	94
3. Modalitäten der Zuständigkeitsprüfung	94
III. Zusammenfassung	95
C. Der prozessuale Handlungsort	96
I. Einführung in die Problematik mehraktiger Delikte	97
1. Kollisionsrechtlich motiviertes <i>forum shopping</i>	98
2. Prozessrechtlich motiviertes <i>forum shopping</i>	98
3. Einflussmöglichkeiten auf die Beweisnähe des Gerichts	100
4. Zwischenfazit	100
II. Mehraktige Delikte in der Rechtsprechung	101
1. Starre Zentralisierung	101
2. Wertende Zentralisierung	102
3. Abweichung in der Rechtssache <i>CDC</i>	103
III. Lösungsansätze aus dem Schrifttum	104
1. Rückgriff auf die <i>lex causae</i>	104
a) Die <i>Tessili</i> -Rechtsprechung des EuGH	105

b) Keine Übertragbarkeit auf Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	107
aa) Widerspruch zu dem Ziel der Rechtsvereinheitlichung	107
bb) Beeinträchtigung der Vorhersehbarkeit	108
cc) Beeinträchtigung der Verfahrensökonomie	109
c) Zwischenfazit	109
2. Verordnungsautonome Konkretisierung des Handlungsortgerichtsstands	110
a) Ausklammerung vorbereitender Tätigkeiten	110
b) Handlungsortgerichtsstand am Ort jedes deliktischen Teilakts	112
aa) Erhebliche Durchbrechung des Grundsatzes <i>actor sequitur forum rei</i>	113
bb) Keine Kompensationsmöglichkeit auf Ebene der Kognitionsbefugnis	114
c) Anknüpfung an den deliktischen Handlungsschwerpunkt	115
aa) Parallele zu Art. 7 Nr. 1 lit. b EuGVVO	115
bb) Rückschlüsse auf den Handlungsortgerichtsstand	117
cc) Ermittlung des zentralen Teilakts durch wertende Betrachtung im Einzelfall	118
(1) Fehlen objektiver Gewichtungskriterien	118
(2) Strukturelles Informationsdefizit des Deliktsgeschädigten	119
(3) Erforderlichkeit einer umfassenden Einarbeitung in den Rechtsstreit	119
dd) Starre Ermittlung des zentralen Handlungselements	120
(1) Keine vollständige Erübrigung einer Einzelfallwertung	120
(2) Abweichende Beurteilung aufgrund sachrechtlicher Deliktsstrukturen	121
d) Zusammenfassung	122

Kapitel 3

Gerichtsstandbegründende Zurechnung fremder Deliktshandlungen	123
A. Überblick über die deutsche und europäische Rechtsprechung	125
I. Handlungsortzurechnung im autonomen Zuständigkeitsrecht am Beispiel der Entscheidung BGH XI ZR 93/09	125
II. Rechtsprechung im Zusammenhang mit Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	126
1. Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache <i>Melzer</i>	127
a) Sachverhalt	127
b) Der Vorlagebeschluss des LG Düsseldorf	128
c) Die Schlussanträge des Generalanwalts	129
d) Die Entscheidung des EuGH	130
e) Überblick über zentrale Kritikpunkte	130
aa) Fehlen eines europäischen Zurechnungskonzepts	131
(1) Vorbilder aus den mitgliedstaatlichen Deliktsrechten	131
(2) Unschädlichkeit fehlender Vorbildregeln	132

bb) Fehlen eines Anknüpfungspunkts innerhalb des Gerichtsbezirks	134
cc) Unzulässiger Vorgriff auf die Begründetheitsprüfung	135
dd) Schutzlücken der alternativ verfügbaren besonderen Gerichtsstände	135
(1) Begrenzter Schutz durch den Erfüllungsortgerichtsstand	136
(2) Schutzlücken des Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	137
(a) Erfordernis einer tauglichen Ankerklage	138
(b) Keine besondere Sachnähe	139
(3) Kurzer Überblick über zentrale Defizite des Erfolgsgerichtsstands	139
(a) Versagung eines generellen Klägergerichtsstands	140
(b) Rechtsunsicherheit durch Anknüpfung an den Kontoführungsstand	140
(c) Schwach ausgeprägte Beweisnähe des Kontoführungsstands	141
2. Bestätigung durch die Entscheidungen <i>Hi Hotel</i> und <i>Coty Germany</i>	142
3. Handlungsortzurechnung in der Rechtssache <i>CDC</i>	143
a) Abweichung von der vorausgegangenen Entscheidungstrilogie	144
b) Versuch einer Erklärung der Diskrepanz	144
aa) Streitgenössische Inanspruchnahme der Schädiger	145
bb) Primärrechtlich fundiertes Interesse an einer effektiven Kartellrechtsdurchsetzung	146
(1) Effektivität der Kartellrechtsdurchsetzung als auslegungsleitende Maxime	147
(2) Effektivitätsgebot als Mindeststandard	148
cc) Begehungsförm der einheitlichen und fortgesetzten Zu widerhandlung	149
(1) Ausführungen der CDC-Entscheidung zu Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	150
(2) Berücksichtigungsfähigkeit im Rahmen des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	151
dd) Fazit	152
4. Zusammenfassung und Folgerungen	153
5. Rezeption durch BGH VI ZR 618/15	153
a) Sachverhalt und erstinstanzliche Entscheidung	153
b) Die Berufungsentscheidung des OLG Stuttgart	154
c) Die Revisionsentscheidung des BGH	155
d) Bedenken gegen die Annahme eines <i>acte éclairé</i>	155
B. Handlungsortzurechnung auf Ebene des autonomen deutschen Zuständigkeitsrechts	156
I. Vorüberlegung zu den Unterschieden zwischen autonomem und europäischem Deliktsgerichtsstand	158
1. § 32 ZPO als doppelfunktionale Zuständigkeitsregel	158
2. § 32 ZPO als einseitige Regelung der internationalen Zuständigkeit	159
3. Fehlen eines Gerichtsstands der Streitgenossenschaft	160
II. Verdeckte Begründung eines unerwünschten Mehrparteiengerichtsstands?	161
1. Historische Entscheidung gegen einen Gerichtsstand der Streitgenossenschaft	162
2. Rückschlüsse auf die Auslegung des § 32 ZPO	163

III. Rückgriff auf den materiell-rechtlichen § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	163
1. Dogmatische Präzisierung	164
2. Gesetzesystematische Berücksichtigung von § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	165
a) Zur Ratio der materiell-rechtlichen Mehrpersonenhaftung	166
aa) Gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	167
bb) Konkretisierung durch § 840 Abs. 1 BGB	168
cc) Normative Rechtfertigung der verschärften Haftung	169
b) Übertragbarkeit des Rechtsgedankens auf die Zuständigkeitebene	170
aa) Abgleich mit den Wertungsgrundlagen des Zuständigkeitsrechts	170
bb) Die Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen als Gegeneinwand	171
cc) § 830 Abs. 2 BGB als Argument gegen eine Handlungsortzurechnung	172
c) Erstes Zwischenfazit	172
IV. Zuständigkeitsrechtliche Betrachtung	173
1. Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der Sach- und Beweisnähe	173
a) Wertungsparallele zu Fällen der Alleintäterschaft	173
b) Einteilung in drei Grundkonstellationen	174
2. Ansätze für ein originär zuständigkeitsrechtliches Zurechnungsmodell	176
a) Allseitige Zurechnung des deliktischen Handlungsschwerpunkts	176
b) Zurechnung der Orte täterschaftlicher Handlungen	178
c) Abwägung zwischen fehlender und überschießender Zurechnung	179
aa) Ebene der örtlichen Zuständigkeit	180
bb) Ebene der internationalen Zuständigkeit	181
(1) Abweichende Interessenlage	182
(2) Systematische Untermauerung der gespaltenen Auslegung	183
(a) Wertungsparallele zu § 36 Abs. 1 Nr. 3 ZPO	184
(b) Wertungsparallele zu § 33 ZPO im Falle der streitgenössischen Drittwiderrklage	184
3. Zusammenfassung	185
V. Kurzer Blick auf zwei Parallelprobleme	186
1. Handlungsortzurechnung in Anlehnung an § 831 Abs. 1 BGB	187
a) Ungeeignetheit der eigenhändigen Auswahl- und Überwachungstätigkeiten	187
b) Rechtfertigung der Gerichtspflicht am Ort des Gehilfenhandelns	188
2. Zurechnung der Handlungen von Gesellschaftsorganen	189
C. Entwicklungsperspektiven auf Ebene des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	189
I. Darstellung und Bewertung zentraler Argumentationsansätze	191
1. Im Schrifttum geäußerte Bedenken	192
a) Konkurrenzverhältnis zu Art. 8 Nr. 1 EuGVVO	192
b) Drohende Zuständigkeitsvervielfältigung	193
c) Verschärzte Gefahr der Zuständigkeitserschleichung	194
d) Vermehrte Anwendung ausländischen Rechts	195

2. Versuche einer zuständigkeitsrechtlichen Rechtfertigung	196
a) Grundsatz des <i>effet utile</i>	196
b) Potentielle Beweisbedürftigkeit fremder Tatbeiträge	197
aa) Grobeinteilung in drei Kategorien	197
bb) Schwache Ausprägung der gegebenen Beweisnähe	198
c) Begünstigung einer einheitlichen Verhandlung und Entscheidung	199
aa) Fehlende teleologische Verankerung	199
bb) Jedenfalls geringes teleologisches Gewicht	200
cc) Fazit	201
d) Fehlende Schutzbedürftigkeit unter Gesichtspunkten der Vorhersehbarkeit	201
aa) Keine generelle Vorhersehbarkeit kraft gemeinsamen Tatplans	202
bb) Binnenmarktfunktionale Betrachtung am Beispiel der Entscheidungs-trilogie des EuGH	202
(1) Vorhersehbarkeit des zugerechneten Handlungsorts im Fall <i>Melzer</i>	203
(2) Abweichende Bewertung der Rechtssachen <i>Hi Hotel</i> und <i>Coty Ger-many</i>	203
(3) Fazit	204
e) Wertungssparallele zu Fällen der Alleintäterschaft	204
3. Versuche einer Rechtfertigung mit zuständigkeitsfremden Erwägungen	205
a) Handlungszurechnung als Abbild sachrechtlicher Haftungsregeln	205
aa) Solidarhaftung gemäß Art. VI.-4:102 <i>DCFR</i>	206
bb) Solidarhaftung gemäß Art. 9:101 Abs. 1 lit. a <i>PETL</i>	207
b) Drohende Lücken des prozessualen Anlegerschutzes	208
c) Zuständigkeitsfremder Charakter der Erwägungen	210
4. Zusammenführende Betrachtung	211
a) Verschärfte Durchbrechung des Grundsatzes <i>actor sequitur forum rei</i>	211
b) Zuständigkeitsrechtliche Rechtfertigung	212
c) Materiell-rechtliche Überlagerung des zuständigkeitsrechtlichen Interessen-ausgleichs	213
d) Zwischenfazit	215
II. Ansätze zur Identifikation der zurechnungsfähigen Tatbeiträge	216
1. Materiell-rechtlich inspirierte Modelle	217
a) Rückgriff auf Zurechnungsregeln der <i>lex causae</i>	217
aa) Keine Beseitigung der zentralen zuständigkeitsrechtlichen Bedenken	218
bb) Folgewirkungen auf Ebene der Rechtskraft	218
cc) Drohende Überfrachtung der Zuständigkeitsprüfung	219
dd) Fazit	220
b) Orientierung an den Zurechnungsvoraussetzungen des <i>DCFR</i> und der <i>PETL</i>	220
c) Zurechnung im Falle bewusster und gewollter Kooperation	221

2. Ansätze für eine zuständigkeitsrechtliche Begrenzung	223
a) Normative Eingrenzung des zuständigkeitsrechtlichen Handlungsortbegriffs	223
b) Beschränkung auf die Orte täterschaftlicher Handlungen	224
c) Einseitige Zurechnung des deliktischen Handlungsschwerpunkts	226
aa) Kongruenz mit der sonstigen Rechtsprechung des EuGH	226
bb) Verbleibende Kritikpunkte	227
d) Folgerungen für die weitere Untersuchung	229
3. Skizze eines deliktstypenorientierten Ansatzes	229
a) Verankerung in der Rechtsprechung des EuGH	230
b) Vorzüge einer deliktsspezifischen Beurteilung	231
c) Deliktsspezifische Zurechnung am Beispiel von Kapitalanlagedelikten ..	232
aa) Betrugs- und betrugsähnliche Delikte	233
bb) Untreue und untreueartige Delikte	234
cc) Aufsichtsrechtlich unzulässige Finanzdienstleistungen	235
III. Kurzer Blick auf die Parallelfälle der Haftung für Verrichtungsgehilfen und Gesellschaftsorgane	236
1. Haftung des Geschäftsherrn für Deliktshandlungen eines Gehilfen	236
2. Haftung von Gesellschaften für Deliktshandlungen ihrer Organe	238
Thesenartige Zusammenfassung	239
Literaturverzeichnis	249
Sachverzeichnis	264

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BeckOGK	beck-online.GROßKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Onlinekommentar
Begr.	Begründer
BerDGV	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beschl.	Beschluss
BG	Schweizerisches Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGE	Amtliche Sammlung der Leitentscheide des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	Derselbe
e. V.	eingetragener Verein
ECPIL	European commentaries on private international law
Ed.	Edition
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EuBewVO	Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 des Rates vom 28. Mai 2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGVVO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVVO a. F.	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

EuGVÜ	Übereinkommen von Brüssel von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuIPR	Europäisches Internationales Privatrecht
EL	Ergänzungslieferung
EuR	Zeitschrift Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZPR	Europäisches Zivilprozessrecht
EuZVR	Europäisches Zivilverfahrensrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FIW	Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e. V.
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HBÜ	Übereinkommen über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen vom 18. März 1970
Hrsg.	Herausgeber
i. E.	im Ergebnis
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl	Juristische Blätter
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
KapMuG	Gesetz über Musterverfahren in kapitalmarktrechtlichen Streitigkeiten
Kl.	Kläger
KölnKomm	Kölner Kommentar
LG	Landgericht
LMK	Beck-Fachnachrichtendienst „Zivilrecht – LMK“
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, abgeschlossen in Lugano am 30. Oktober 2007
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MMR	Zeitschrift für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht
MüKo	Münchener Kommentar
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
Nr.	Nummer

NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ Rechtsprechungsreport Strafrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
PETL	Principles of European Tort Law
Prospekt-VO	Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt zu veröffentlichen ist und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/71/EG
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rom II - VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Satz/Seite
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
u. a.	und andere
Urt.	Urteil
v.	von
vgl.	vergleiche
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WM	Wertpapier-Mitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVerglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Einleitung

A. Problemeinführung

Wie kaum ein anderer Rechtsbereich haben Klagen geschädigter Kapitalanleger in der jüngeren Vergangenheit die Gerichte verschiedenster europäischer Staaten durch aufsehenerregende und umfangreiche Prozessserien in Atem gehalten. Auch abseits medial bekannt gewordener Fälle wie den Klagewellen gegen Volkswagen und Porsche wegen des sogenannten Abgasskandals,¹ prospekthaftungsrechtlichen Streitigkeiten anlässlich der Börsengänge der Deutschen Telekom AG² und vermeintlichen *Ad-hoc*-Pflichtverletzungen der DaimlerChrysler AG wegen des Ausscheidens ihres ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Schrempp³ erweisen sich derartige Rechtsstreitigkeiten nicht zuletzt wegen ihrer oftmals grenzüberschreitenden Bezüge als besonders komplex. Einen wiederkehrenden Streitpunkt bildet die internationale Zuständigkeitsfrage.⁴ Denn aus Sicht geschädigter Anleger ist es von höchstem Interesse, Schadensersatzansprüche innerhalb des eigenen Wohnsitzstaats einklagen zu können und nicht auf eine Klage am Sitz des Finanzdienstleisters verwiesen zu werden. Die bekannte Justiz des eigenen Wohnsitzstaats genießt nicht nur besonderes Vertrauen.⁵ Wohnsitznahe Klagemöglichkeiten vereinfachen die Rechtsdurchsetzung auch deshalb erheblich, weil der klagende Anleger der Gerichtssprache mächtig ist, auf seinen vertrauten Anwalt zurückgreifen kann und zudem nicht mit den Unwägbarkeiten eines ausländischen Kollisions- und Pro-

¹ LG Braunschweig, Vorlagebeschl. v. 5.8.2016 – 5 OH 62/16, WM 2016, 2019 ff.; LG Stuttgart, Vorlagebeschl. v. 28.2.2017 – 22 AR 1/17 Kap, WM 2017, 1451 ff.; LG Stuttgart, Urt. v. 24.10.2018 – 22 O 101/16, WM 2019, 463 ff.; OGH, Beschl. v. 7.7.2017 – 6 Ob 18/17 s, IPRax 2018, 96 ff.; OLG Braunschweig, Beschl. v. 12.8.2019 – 3 Kap 1/16, NJW-RR 2019, 1400 ff.; OLG Stuttgart, Beschl. v. 29.10.2019 – 1 U 204/18, BeckRS 2019, 26186.

² BGH, Beschl. v. 22.11.2016 – XI ZB 9/13, NZG 2017, 378 ff.; BGH, Beschl. v. 21.10.2014 – XI ZB 12/12, NJW 2015, 236 ff.; OLG Frankfurt, Beschl. v. 30.11.2016 – 23 Kap 1/06, NJOZ 2017, 1391 ff.; OLG Frankfurt a.M., Beschl. v. 16.5.2012 – 23 Kap 1/06; NZG 2012, 747 ff.; vgl. hierzu *Mankowski*, EWiR 2018, 31, 31 f.; *Zoller*, GWR 2017, 215, 215 ff.

³ OLG Stuttgart, Beschl. v. 15.2.2007 – 901 Kap 1/06, NZG 2007, 352 ff.; OLG Stuttgart, Beschl. v. 22.4.2009 – 20 Kap 1/08, NZG 2009, 624 ff.; EuGH, Urt. v. 28.6.2012, Rs. C-19/11, EuZW 2012, 708 ff. – Geltl.; BGH, Urt. v. 23.4.2013 – II ZB 7/09, NZG 2013, 708 ff.; OLG Stuttgart, Beschl. v. 16.11.2016 – 20 Kap 1/08, BeckRS 2016, 115906; vgl. hierzu *Klöhn*, ZIP 2012, 1885 ff.

⁴ *Thole*, ZBB 2011, 399, 399; *Thole*, AG 2013, 73, 73 ff.; *Thole*, AG 2013, 913, 913.

⁵ Vgl. *Müller-Froelich*, Der Gerichtsstand der Niederlassung im deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr, 2008, S. 59 f.; *Schack*, IZVR, 8. Aufl. 2021, § 8 Rn. 251; *Thürk*, Belegeneheitsgerichtsstände, 2018, S. 6.

zessrechts konfrontiert wird.⁶ Klagen im Ausland sind demgegenüber mit einer nicht zu unterschätzenden Hemmschwelle verbunden, die in Kombination mit der Anwendbarkeit eines ausländischen, dem Anleger unbekannten Kollisions- und Sachrechts einen faktischen „Haftungsschild des Finanzdienstleisters gegenüber seinen Kunden“ bilden kann.⁷

Spätestens seit der Kronhofer-Entscheidung des EuGH aus dem Jahre 2004⁸ steht der Erfolgsortgerichtsstand des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Diskussion und hat sich angesichts der Vielzahl von Finanzinstrumenten und Anlageformen sowie der notorischen Schwierigkeit einer Lokalisierung primärer Vermögensschäden als chronischer Problemfall erwiesen.⁹ Hingegen wird der Gerichtsstand am Handlungsort in Anbetracht seines vermeintlich „faktischen Charakters“¹⁰ gemeinhin als weniger problemträchtige Komponente des Ubiquitätsprinzips angesehen und seiner Dogmatik in Rechtsprechung und Schrifttum eher geringe Aufmerksamkeit geschenkt.¹¹ Der Gerichtsstand am Handlungsort bietet geschädigten Kapitalanlegern jedoch eine attraktive Option. Nicht nur wird er oftmals einfacher zu identifizieren sein als der normativ geprägte Erfolgsort und ist daher in geringerem Maße mit dem Risiko einer Klageabweisung aus Zuständigkeitsgründen behaftet.¹² Da sich transnationale Kapitalanlagendelikte nicht selten dadurch auszeichnen, dass zumindest ein Anlageberater oder Vermögensverwalter am Wohnsitz des Anlegers tätig wird, kommt der Handlungsort in derartigen Fällen zudem oftmals einem Klägergerichtsstand gleich.

⁶ Zu den Vorteilen eines Gerichtsstands im Staat des eigenen Wohnsitzes vgl. *Mankowski*, IPRax 2006, 454, 456 f.; *Messinger*, Rechtsunsicherheiten bei internationalen elektronischen Handelsgeschäften, 2014, S. 93 f.; *Wais*, Der Europäische Erfüllungsortgerichtsstand für Dienstleistungsverträge, 2013, S. 4 ff.

⁷ So ausdrücklich *Engert/Groh*, IPRax 2011, 458, 459.

⁸ EuGH, Urt. v. 10.6.2004, Rs. C-168/02, NJW 2004, 2441, 2442 – Kronhofer, Rn. 11 ff.

⁹ EuGH, Urt. v. 28.1.2015, Rs. C-375/13, NJW 2015, 1581, 1584 – Kolassa, Rn. 50 ff.; EuGH, Urt. v. 16.6.2016, Rs. C-12/15, NJW 2016, 2167, 2168 f. – Universal Music, Rn. 21 ff.; EuGH, Urt. v. 12.9.2018, Rs. C-304/17, EuZW 2018, 998, 999 – Löber, Rn. 17 ff.; EuGH, Urt. v. 9.7.2020, Rs. C-343/19, BeckRS 2020, 15180 – Verein für Konsumenteninformation, Rn. 34 ff.; BGH, Urt. v. 13.7.2010 – XI ZR 28/09, NZG 2011, 69, 72; *Bachmann*, IPRax 2007, 77, 81 f.; *Freitag*, WM 2015, 1165, 1167 ff.; *Engel*, Internationales Kapitalmarktdeliktsrecht, 2019, S. 188 ff.; von *Hein*, IPRax 2005, 17 ff.; von *Hein*, JZ 2015, 946, 948 ff.; *Lehmann*, Journal of Private International Law 2016, 318, 329 ff.; *Mankowski*, RIW 2005, 561, 561 ff.; *Oberhammer*, Jbl 140 (2018), 750, 750 ff.; *Roth*, in: FS *Kronke*, 2020, 471, 471 ff.; *Stadler*, in: FS *Geimer*, 2017, 715, 715 ff.; *Thiede/Lorscheider*, EuZW 2019, 274, 277 ff.; *Thole*, AG 2013, 73, 74 f.; *Thole*, AG 2013, 913, 915 f.; *Thole*, in: *Lehmanns/Zetsche*, Grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen, 2018, § 2 Rn. 30 ff.; *Thomale*, ZVglRWiss 119 (2020), 59, 61 ff.

¹⁰ *Stadler*, in: *Musielak/Voit*, ZPO, 18. Aufl. 2021, Art. 7 EuGVVO Rn. 19a.

¹¹ Vgl. hierzu *Kontogeorgou*, Das IPR der Kapitalmarktdelikte, 2018, S. 139; *Mankowski*, in: FS *Geimer*, 2017, 429, 432 f.; *Thole*, in: *Lehmanns/Zetsche*, Grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen, 2018, § 2 Rn. 29, 41.

¹² *Mankowski*, in: FS *Geimer*, 2017, 429, 430.

Die Lokalisierung des Handlungsortgerichtsstands wird dadurch verkompliziert, dass Finanzprodukte zumeist arbeitsteilig über eine mehrgliedrige Kette aus Anlagevermittlern, Vermögensverwaltern, Brokerhäusern, Depotbanken und sonstigen Intermediären transnational vertrieben werden und neben dem lokalen, am Wohnsitz des Anlegers handelnden Vermittler daher weitere Akteure in Vermittlung und Abwicklung verlustträchtiger Kapitalanlagen involviert sind.¹³ Unter den Voraussetzungen des § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB müssen sich derartige Finanzdienstleister das deliktische Handeln des am Anlegerwohnsitz handelnden Vermittlers zurechnen lassen und haften als Mittäter, Anstifter oder Gehilfen neben diesem gesamtschuldnerisch auf Schadensersatz.¹⁴ Erweist sich der ortsansässige Anlagevermittler als zahlungsunfähig, so bleibt dem geschädigten Anleger nichts anderes übrig, als seine Schadensersatzansprüche gegen den mithaltenden auslandsansässigen Broker geltend zu machen.¹⁵ Dass Klagen deutscher Anleger gegen auslandsansässige Broker die Rechtsprechung in den verschiedensten Spielarten beschäftigt haben, überrascht vor diesem Hintergrund kaum. Verbreitet sind nicht nur Fälle des Kapitalanlagebetrugs sowie der unzureichenden Aufklärung über Risiken und Rückvergütungen,¹⁶ sondern etwa auch Fälle der Vermittlung aussichtsloser Termin- und Optionsgeschäfte¹⁷ sowie der Gebührenschinderei durch oftmaliges gebührenpflichtiges Umschichten des Depots.¹⁸

Aus zuständigkeitsrechtlicher Sicht werfen derartige Klagen die Problematik auf, ob das auslandsansässige Brokerhaus am Ort der Deliktshandlung des Vermittlers verklagt werden kann. Anders gewendet stellt sich die „zuständigkeitsrechtliche Grundfrage“,¹⁹ ob die Tatbeiträge in Anlehnung an die Zurechnungsregeln des

¹³ *Thiede/Sommer*, ÖBA 2015, 175, 175.

¹⁴ Vgl. etwa BGH, Urt. v. 6. 2. 1990 – XI ZR 184/88, NJW-RR 1990, 604, 605; BGH, Urt. v. 13. 7. 2004 – VI ZR 136/03, NJW 2004, 3423, 3425; BGH, Urt. v. 25. 1. 2011 – XI ZR 195/08, NJW-RR 2011, 1193, 1195 f.; BGH, Urt. v. 13. 7. 2010 – XI ZR 28/09, NJW-RR 2011, 197, 200 f.; *Wagner*, in: MüKo, BGB, 8. Aufl. 2020, § 826 Rn. 128, 130, 137.

¹⁵ Vgl. von *Hein*, EuZW 2011, 369, 370; *Weller*, WM 2013, 1681, 1681.

¹⁶ Vgl. etwa BGH, Urt. v. 16. 2. 1981 – II ZR 179/80, NJW 1981, 1266, 1266 f.; BGH, Urt. v. 11. 7. 1988 – II ZR 355/87, NJW 1988, 2882, 2882 f.; BGH, Urt. v. 28. 2. 1989 – XI ZR 70/88, ZIP 1989, 830, 832; BGH, Urt. v. 6. 2. 1990 – XI ZR 184/88, NJW-RR 1990, 604, 605; BGH, Urt. v. 13. 7. 2004 – VI ZR 136/03, NJW 2004, 3423, 3424 f.; BayObLG, Beschl. v. 22. 1. 2004 – IZ AR 4/04, NJOZ 2004, 2528, 2528 f.; LG Düsseldorf Urt. v. 29. 7. 2008 – 8 O 418/07, BeckRS 2010, 6232.

¹⁷ Vgl. statt aller BGH, Urt. v. 9. 3. 2010 – XI ZR 93/09, NZG 2010, 550, 551; BGH, Urt. v. 8. 6. 2010 – XI ZR 349/08, NJW-RR 2011, 548, 550 f.; BGH, Urt. v. 13. 7. 2010 – XI ZR 28/09, NJW-RR 2011, 197, 200; BGH, Urt. v. 25. 1. 2011 – XI ZR 195/08, NJW-RR 2011, 1193, 1194 f.; vgl. hierzu *Engert/Groh*, IPRax 2011, 458, 460; *Wagner*, in: MüKo, BGB, 8. Aufl. 2020, § 826 Rn. 133 ff. (m. w. N.).

¹⁸ BGH, Urt. v. 22. 11. 1994 – XI ZR 45/91, NJW 1995, 1225, 1225 ff.; BGH, Urt. v. 23. 9. 1999 – III ZR 214/98, NJW-RR 2000, 51, 52; BGH, Urt. v. 13. 7. 2004 – VI ZR 136/03, NJW 2004, 3423, 3424 f.; BGH, Urt. v. 15. 11. 2011 – XI ZR 54/09, BKR 2012, 78, 83; *Barta*, BKR 2004, 433, 433 ff.; *Wagner*, in: MüKo, BGB, 8. Aufl. 2020, § 826 Rn. 130 (jeweils m. w. N.).

¹⁹ So wörtlich *Weller*, WM 2013, 1681, 1681.